

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1056

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1056



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 2.7.2016

Inhalt

Lehrplan 21 – radikalster Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule.....	1
Sichtbarer Paradigmenwechsel	2
Lehrplan 21 – Wie wenig ändert sich wirklich?	3
Politische Fairness.....	4
Sprachenstreit: Die Vermessung der Bildung, Onlinekommentare	5
Unterstützung für schwache Sek-Schüler.....	7
Lehrplan 21 soll in Luzern vors Volk kommen	8
Solothurn entscheidet als achter Kanton über den Lehrplan 21	9
Kanton Aargau, Pressemitteilung	10
Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.....	12

Lehrplan 21 – radikalster Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule

Leserbrief zu Lokalinfo Züri West vom 23. Juni 2016, „Manche vermuten gar den Geheimdienst“

Frau Steiner war noch nicht dabei, als die Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) im Jahr 2010 die „Grundlagen für den Lehrplan 21“ genehmigte und damit den radikalsten Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule beschloss. Die umstrittene Kompetenzorientierung des LP21 beruht auf dem konstruktivistischen Lehr- und Lernverständnis und verlangt als alleinige „zeitgemässe“ Methode das „selbstgesteuerte Lernen“. Zitat D-EDK: «Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.»

<https://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf>

Das „selbstgesteuerte Lernen“ bedeutet in der Praxis, dass Lehrer und Klassenunterricht abgeschafft werden, weil jedes Kind ab dem 1. Schultag alleine bestimmen soll, wann, wie, was und ob es lernen will. Damit kann es keine Methodenfreiheit mehr geben und der qualifizierte Lehrerberuf wird überflüssig. Als „Lernbegleiter“ können auch Zivildienstleistende oder Senioren im Klassenzimmer „Lernumgebungen“ bereitstellen, in dem sie Arbeitsblätter von Bertelsmann & Co. vom Internet herunterladen. Das

erfolgreiche Schweizer Bildungssystem darf nicht am Volk vorbei klammheimlich beerdigt werden!

Peter Aebersold, ehem. Bezirksschulpfleger, Zürich

Sichtbarer Paradigmenwechsel

Der Lehrplan 21 verändert den Unterricht in vielen Fächern. Der einschneidende Paradigmenwechsel geht von den Pädagogischen Hochschulen aus. So werden im Bereich Geschichte ganz andere Akzente gesetzt.

Wie kann das Interesse für Geschichte geweckt werden?

Erinnern Sie sich noch lebhaft an spannende Geschichtsstunden aus der Schulzeit?

Oder kommt eher Missmut auf, wenn Sie an langweilige Lektionen mit seitenlangen Hefteinträgen zurückdenken? Die Antworten werden unterschiedlich ausfallen, denn guter Unterricht hängt von der fachlichen und pädagogischen Kompetenz der Lehrpersonen ab. Die Diskussion um den neuen Lehrplan lässt allerdings oft den Eindruck entstehen, dass gute Bildung primär eine Sache detaillierter Planung sei.

Ein Blick auf den Teillehrplan Geschichte zeigt, wie sich die Bildungsverantwortlichen die innere Reform der Schule vorstellen. Neben vielen einleuchtenden Kompetenzzielen finden sich Ziele, wo man das Gefühl bekommt, die Welt der Kinder und Jugendlichen sei weit weg. Man spürt auf jeder Seite, dass hinter den verschlossenen Türen des letztjährigen EDK-Bildungskonzils zwischen den Fachwissenschaftlern und den Lehrervertretern um praxisnähere pädagogische Vorstellungen gerungen wurde.

Akademisierter Geschichtsunterricht kommt bei den Schülern nicht an

Farbige geschichtliche Ereignisse werden zu leblosem Schulstoff, wenn der Ungeist eines wenig altersgemässen Reflektierens und Bewertens überhand nimmt. Die Pädagogen haben leider diese Gefahr nicht ausreichend beseitigen können. Man reibt sich die Augen, wenn von allen Sechstklässlern als Grundkompetenz verlangt wird, dass sie bei den Urschweizern „den Weg von einer familienrechtlichen Gesellschaft zu einem Territorialrecht mit rechtsstaatlichen Ansätzen erkennen“. Alles verstanden?

Selbstverständlich richtet sich ein Lehrplan in erster Linie an Lehrpersonen und Lehrmittelproduzenten, die den abstrakten Ansatz praxisgerecht umsetzen sollen. Das pädagogische Unbehagen wächst aber noch weiter, wenn von Primarschülern die Einsicht erwartet wird, dass bei der Geschichte der alten Eidgenossenschaft „unterschiedliche Sichtweisen von Vergangenheit mit aktuellen Interessen in Zusammenhang stehen.“

Narrativer Unterricht von hoher Qualität ist der Schlüssel zum Erfolg

Mittelstufenkinder wollen Geschichte in spannenden Erzählungen und eindrücklichen Bildern miterleben. Die Höhepunkte der Sturm- und Drangzeit der Eidgenossenschaft mit den Siegen in den Burgunderkriegen interessieren Primarschüler weit mehr als eine aktuelle politische Deutung der Niederlage von Marignano.

Gut vorbereiteter narrativer Geschichtsunterricht lässt Kinder und Jugendliche in vergangene Zeiten eintauchen und schafft Verständnis für den Zeitgeist einer Epoche. So lässt sich die Zeit vor dem 1. Weltkrieg viel besser verstehen, wenn die Fahrt der Titanic

während einer Woche als eine Art Fortsetzungsgeschichte von der Klasse miterlebt wird. Die Dreiklassengesellschaft von damals, die neuste Technik auf dem Schiff, die wirtschaftlichen Interessen der Reederei und das Schicksalshafte jener Fahrt lassen die Jugendlichen nicht unberührt. Die grossen Fragen stellen sich von allein, und dann kann man auch anspruchsvolle Überlegungen anstellen. Akademische Kompetenzziele hingegen sind für einen lebendigen Geschichtsunterricht kaum motivierend.

Grosser Einfluss der Pädagogischen Hochschulen auf die Lehrmittel

Für die Schulentwicklung darf der neue Lehrplan nicht unterschätzt werden. Dieser ist die Basis für die didaktische Ausrichtung der Pädagogischen Hochschulen. Eine kritiklose Übernahme kaum erprobter Lerntheorien dürfte erhebliche Auswirkungen auf den täglichen Unterricht haben. Da die meisten Lehrmittelverlage mit Autoren zusammenarbeiten, die als Fachdozenten an den Pädagogischen Hochschulen unterrichten, ist deren Einfluss auf die Konzeption neuer Lehrmittel erheblich. Auf diese Weise können höchst umstrittene Ideen des Lehrplans 21 direkt in den Unterricht einfließen und zu einem schrittweisen Paradigmenwechsel führen.

Die skizzierte Entwicklung zeigt, dass eine offene Diskussion über bessere kantonale Lehrpläne dringend nötig ist. Neue Ausbildungskonzepte, die einen eigentlichen Paradigmenwechsel auslösen, können nicht einfach über akademisch geprägte Bildungsprogramme der Schule verordnet werden. Bedeutende didaktische Schritte müssen zuerst in der Praxis erprobt und evaluiert werden, bevor sie in einem verbindlichen Lehrplan verankert werden können.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Kommentar in der Basler Zeitung über «Wege zu einem besseren Geschichtsunterricht». Die Einleitung und den letzten Abschnitt habe ich aufgrund der neusten bildungspolitischen Entwicklungen aktualisiert.

Lehrplan 21 – Wie wenig ändert sich wirklich?

Aus «forum.kindgerechte-schule.ch»

Die Erziehungsdirektoren behaupten landauf landab, mit dem Lehrplan 21 (LP21) würde sich „wenig ändern“.

Der LP 21 würde für die Eltern nichts ändern, sie könnten ihre Kinder weiterhin in der Schule abgeben und abholen. Sie bräuchten sich bis zur Berufswahl auch nicht mehr um die Schulleistungen ihrer Kinder zu kümmern, weil der LP21 auf den Qualitätskriterien der von den USA dominierten neoliberalen Wirtschaftsorganisation OECD beruht und „hohe Leistungen und gleiche Chancen für alle Kinder“ garantieren soll.

Für die Lehrer bringe das „selbstgesteuerte Lernen“ des LP21 viele Erleichterungen: als „Lernbegleiter“ müssten sie nicht mehr unterrichten, keinen Klassenunterricht mehr vorbereiten und wären nicht mehr für das Lernen der Schüler verantwortlich. Das Bereitstellen von „Lernumgebungen“ mittels fertigen Arbeitsblättern vom Internet und der einmal wöchentliche Input und - wenn zeitlich möglich - ein Coachinggespräch mit jedem Schüler würde sie enorm entlasten. Dass „Lernbegleiter“ möglicherweise in Zukunft bei

weniger Aufwand auch weniger verdienen könnten, wurde bisher noch nicht erwähnt.

Die Schüler würden sich mit dem LP21 in der Schule wieder wohl fühlen, weil sie von dem anstrengenden Klassenunterricht befreit wären und nun vom ersten Schultag an „selbstgesteuert lernen“ könnten. Sie wären alleine für ihr Lernen verantwortlich und könnten selber bestimmen, was, wie, wann, wo und ob sie lernen sollen. Die „Lernbegleiter“ würden ihnen individuelle Arbeitsblätter austeilen und sie sonst in Ruhe lassen. Wenn sie trotzdem noch eine Frage hätten, könnten sie mit dem „Lernbegleiter“ einen Besprechungstermin abmachen. Das „selbstgesteuerte Lernen“ dauert für die meisten Schüler natürlich zeitlich länger, weil sie sich „auf offene Aufgaben einlassen, Beziehungen erforschen, Vermutungen formulieren und eigene Lösungsalternativen suchen“ müssen. Damit sie damit nicht in Stress kommen, werden im LP21 die fachlichen Ziele vermehrt nach hinten, in die nächsten Klassen, verschoben oder ganz aufgegeben.

Im Rechnen bedeutet das zum Beispiel, dass das Verstehen und Auswendiglernen des Einmaleins, das heute in der zweiten Primarschulklasse stattfindet, auf die 2er, 5er und 10er-Reihe beschränkt würde. Erst Ende der sechsten Klasse müssten die Schüler gemäss LP21 «die Produkte des kleinen Einmaleins kennen». Sollte das Einmaleins noch nicht sitzen, dürfen sie ab der fünften oder sechsten Klasse die «Grundoperationen mit dem Rechner ausführen». Auf verbindliche Ziele im Rechnen wird in der Oberstufe sogar ganz verzichtet. Ein späterer Lehrmeister kann sich allerdings nicht darauf verlassen, dass sein Lehrling Prozentrechnungen auf dem Taschenrechner ausführen kann.

Wenn sich so „wenig ändert“, fragt sich der Steuerzahler natürlich, weshalb trotz Sparrunden im Bildungsbereich für den umstrittenen Lehrplan 21 Millionen von Steuergeldern in Lehrplanumstellungen, Lehrerweiterbildungen, neue Lehrmittel und ein Lehrplanmonster mit 2700 Kompetenzteilzielen verschwendet werden sollen? Und wer schon bezahlen muss, sollte deshalb auch ein Wörtchen mitreden können, bevor das erfolgreiche Schweizer Bildungssystem am Volk vorbei klammheimlich beerdigt wird.

Peter Aebersold, ehem. Bezirksschulpfleger, Zürich

Politische Fairness

BaZ 28.6.16 Meinungen und Profile

Von Alain Pichard, Felix Schmutz, Philipp Loretz, Urs Kalberer, Roland Stark, Hanspeter Amstutz

Einen Satz von Dr. Simone Pfenninger sollten sich alle Bildungspolitiker gut einprägen. Die Zürcher Sprachforscherin, die mit einer Studie belegte, dass Frühlerner gegenüber Spätlernern keinerlei Vorteile aufweisen, sagte: «Die Politik sollte endlich in einen ergebnisoffenen Dialog mit der Wissenschaft eintreten, der auf Fakten beruht!»

Was dann folgte, ist bekannt: Der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann liess zunächst verlauten: «Ich vertraue mehr auf Gespräche als auf Studien.» Dann disqualifizierte er in seiner Antwort auf eine Interpellation der Grossrätin Katja Christ die Pfenninger-Studie kurzerhand als «unwissenschaftlich». Schliesslich musste er zurückkriechen: «Dazu muss ich ganz klar sagen, dass meine Kritik nicht auf die Studie und schon gar nicht deren Verfasserin zielt.» (Basler Schulblatt, 11. 6. 2016)

Kurz darauf aber behauptete Eymann an einer Info-Veranstaltung des Basler Erziehungsdepartements erneut, dass die besagte Studie nichts über das Passepartout-Projekt aussage und deshalb nicht berücksichtigt werden könne (20. 6. 2016). Er bezeichnete den Beitrag eines Lehrers, der von den Anwesenden mit viel Applaus bedacht wurde, als unsachlich und polemisch – was von einem anderen Teilnehmer der Veranstaltung umgehend als vollkommen unbegründet zurückgewiesen wurde. In einem Interview mit der BaZ vom 24. 6. 2016 wiederholte Eymann seinen Vorwurf gegen ein Geschäftsleitungsmitglied des Basellandschaftlichen Lehrervereins sogar.

Fazit: Unbequeme Befunde oder nur schon andere Meinungen werden mit aggressiver Polemik überzogen. Herr Eymann wirft allen kritischen Stimmen pauschal Unsachlichkeit und «Stammtischniveau» vor, schreckt selber aber regelmässig nicht vor unhaltbaren Aussagen zurück. Wenn dieser Stil zum Massstab in einer Sache wird, bei der es um einen dreistelligen Millionenbetrag geht, dann ist das ein Armutszeugnis für die politische Kultur im Land. Wer so viel Geld in einen gigantischen Schulversuch investiert, muss sich Kritik stellen, aber mit Argumenten, nicht mit reflexartigen Rundumschlägen. Die kommenden Auseinandersetzungen um schulische Neuerungen werden zeigen, ob die verantwortlichen Bildungspolitiker und die Bildungsbürokratie insgesamt willens sind, zu den Regeln politischer Fairness zurückzukehren. Reformen, die von oben herab dekretiert werden, sind zum Scheitern verurteilt.

Urs Kalberer, Malans, Sprachdidaktiker und Sekundarlehrer; Philipp Loretz, Seewen, Sekundarlehrer; Alain Pichard, Biel, Reallehrer; Felix Schmutz, Allschwil, Lehrer; Roland Stark (SP), Basel, Lehrer und Heilpädagoge; Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Sekundarlehrer.

Sprachenstreit: Die Vermessung der Bildung, Onlinekommentare

Kommentare zur NZZ vom 29.6.16

<http://www.nzz.ch/schweiz/aktuelle-themen/sprachenstreit-die-vermessung-der-bildung-ld.92539>

David Singleton

Dies ist eine Reaktion auf Ihren Artikel „Die Vermessung der Bildung“, der in der heutigen Ausgabe der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist. Ich glaube, meine beinahe dreissigjährige Tätigkeit in der Altersforschung zum Zweitspracherwerb befähigt mich, zu Ihren Aussagen und Beschreibungen Stellung zu beziehen.

Zuerst einmal möchte ich betonen, dass in der psycholinguistischen und neurolinguistischen Forschung seit Jahrzehnten keine fundierten Erkenntnisse existieren, welche auf langfristige Erfolge beim frühen Fremdsprachenlernen hinweisen. Ganz im Gegenteil schneiden spätere Lernende auf lange Sicht gesehen konstant gleich gut ab, und zwar in Bezug auf Lerngeschwindigkeit wie auch in Bezug auf Endstand (auf die vielen Gründe dafür kann ich hier aus Platzgründen nicht eingehen). Dementsprechend decken sich Dr. Pfenningers Ergebnisse zu 100% mit denjenigen anderer grosser europäischer Studien.

Was die Qualität von Dr. Pfenningers Arbeit anbelangt: Es sollte hier doch angefügt werden, dass die Gruppe von „Experten“, die Sie im Artikel erwähnen, in keiner Weise auf Dr. Pfenningers Langzeitstudie Bezug genommen hat, deren Datenerhebung notabene erst 2015 abgeschlossen wurde (also 1.5 Jahre nach der Datenerhebung der dänischen

CORECHED-Studie). Die Autoren dieser Studie beziehen sich lediglich auf zwei „Snapshot“-Artikel, welche zwar ebenfalls in angesehenen Mehrsprachigkeitszeitschriften erscheinen sind und auf grosse internationale Resonanz gestossen sind, aber keine direkte Relevanz zur Langzeitstudie und der darin behandelnden Themen haben. In Forschungskreisen herrscht allgemeine Einigkeit darüber, dass Pfenningers Langzeitstudie inhaltlich und methodologisch einwandfrei und von exzellenter Qualität ist.

Die Aarhus-"Studie" kommt übrigens zu folgendem Schluss:

“Findings from the studies included in the theme “Impact of age/early introduction to foreign language instruction in school” seem to indicate that late starters in most cases outperform early starters in regards to third language proficiency when the amount of instruction time is held constant. This gap does not appear to close within the short/medium term, although it might disappear in the long term.” (152-153).

Dr. Pfenningers Kommentar am Schluss («Wir brauchen endlich eine sachliche und keine ideologische Debatte über das Thema») können wir als Forscher mit allem Nachdruck unterstützen. Es ist unerlässlich, einen sachlichen Dialog zu führen und wichtige Forschungsergebnisse nicht einfach mit unqualifizierten Kommentaren abzutun.

Prof. Dr. David Singleton, Fellow Emeritus, Trinity College, University of Dublin

Peter Kuster

Das 2-Frühfremdsprachen-Regime in der Primarschule ist gescheitert, die Befürworter können kein positives Resultat vorweisen. Im Gegenteil, es gibt Studien, die belegen, dass das Niveau in Englisch und Französisch Ende Oberstufe dadurch nicht besser geworden ist, das Niveau im Deutsch dafür massiv schlechter. Simone Pfenningers Bericht lag angeblich beim Arhus-Bericht noch gar nicht vor und wurde deshalb nicht berücksichtigt. Ihn deswegen als „nicht wissenschaftlich“ abzuqualifizieren, zeigt die Verzweiflung der EDK.

Beim „je früher umso besser“ wurde schlicht vergessen, dass vor dem Fremdsprachenlernen die Erstsprache – bei den meisten Deutsch – sitzen sollte. Doch das ist heute in keiner Weise der Fall, denn die Grundlagen in Grammatik, Rechtschreibung und beim Wortschatz fehlen vielen Dritt- bis Fünftklässlern. Deutsch wird in der Primarschule oft zugunsten der Fremdsprachen vernachlässigt, auch die Schnürlischrift wird jetzt noch geopfert. Und wenn die Grammatikgrundlagen im Deutsch fehlen, kann man die Stundenzahl im Franz noch lange auf drei Lektionen erhöhen und „qualitativ“ verbessern, es bringt alles nichts. Zudem hat man die Grammatik generell weggelassen in F und E, nach dem Motto: Wer muss denn noch Verben konjugieren können? Sie finden keine Verbentabelle mehr in einem F-/E-Lehrbuch, weder im Grammatikteil noch in einem Anhang.

Es erstaunt nicht, dass heute die meisten 6. Klässler mit 340 Lektionen E und 170 Lektionen F die einfachsten Verben nicht mehr konjugieren, geschweige denn fehlerfrei einen einfachen Satz bilden können. Wann wird sich die EDK das endlich eingestehen? Nur ja nicht das Gesicht verlieren und weitermachen mit der endlosen Experimentitis und Reformitis. Aber das ist erst der Anfang. Wir werden vom Regen in die Traufe kommen, wenn das selbstgesteuerte Lernen flächendeckend mit dem LP21 umgesetzt wird.

Daniel Heierli

Auch für wissenschaftliche Übersichtsarbeiten gilt das GiGo-Prinzip: Garbage in - Garbage out. Zu Deutsch: Wenn die verwendeten Arbeiten nicht genügend gut sind, ist auch deren

Destillat nicht der Weisheit letzter Schluss.

In der Schweiz ist der Lernerfolg des Fremdsprachenunterrichts an der Primarschule sehr wenig erforscht worden. Dafür wurden an der Universität Aarhus 7000 Publikationen, "die für die Fragestellung relevant sein könnten", ausgewertet. Die Zahl ist so gross, dass niemand ernsthaft versuchen wird, sie alle näher anzusehen. Niemand wird ernsthaft nachprüfen wollen, welche der Studien für die Fragestellung bloss "relevant sein könnten", und welche tatsächlich relevant sind. Und niemand wird umfassend nachprüfen können, ob wirklich die qualitativ ungenügenden, oder allenfalls eher die von ihrer Aussage her unerwünschten Studien ausgeschlossen wurden.

Die Situation jetzt ist sehr unglücklich. Natürlich hätte man VOR Einführung einer so gewichtigen Neuerung wie dem Englisch ab der zweiten Primarklasse abklären müssen, ob es bloss gut gemeint ist, oder ob es auch funktioniert. Das wurde damals leider nicht gemacht. Ob Leute wie Stefan Wolter eine Hilfe bei der Verbesserung der Lage sind, wage ich zu bezweifeln. Er sollte naheliegendere Forschungsarbeiten (z.B. die neuere Studie aus der Zentralschweiz, NZZ 18.3.2016) anschauen und nicht bloss diese zweifelhafte Übersichtsarbeit, dann könnte er erkennen, dass es sehr wohl Gründe für eine Veränderung des Schweizer Modells gibt.

Unterstützung für schwache Sek-Schüler

Tages Anzeiger vom 29.6.2016

Jeder fünfte Teenager im Kanton Zürich beherrscht nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit die wichtigsten Grundlagen in Deutsch und Mathematik nicht. Nun will die Bildungsdirektion Gegensteuer geben und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler in der Sek gezielt fördern. Nach den Sommerferien startet dazu an neun Sekundarschulen das Pilotprojekt «Alle». «Alle» steht für «aktive Lernzeit und Lernerfolg». Das Projekt besteht aus mehreren Grundpfeilern. Unter anderem wird der Stoff in Deutsch und Mathematik für die betroffenen Jugendlichen auf die Grundkompetenzen reduziert, diese werden dafür vertieft geübt. Klassenassistenzen sollen dabei helfen, ebenso eine obligatorische Aufgabenhilfe. Das Pilotprojekt läuft vorerst zwei Jahre. (leu)

Kommentar

In der PISA-Erhebung 2009 wurde festgestellt, dass 20% der Schülerinnen und Schüler die minimalsten Leistungsziele der 9. Klasse nicht erreichen. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der Sek B/C-Klassen ihre Lernziele bei weitem nicht erreichen – eine dramatische Situation. Nach einigen Jahren Bedenkzeit will die Bildungsdirektion jetzt einige „Pflästerli“ anbieten. Es ist zum Davonlaufen. Zuerst wird mittels Lehrplan jedem Schüler das gleiche Schulprogramm verpasst, dann wird die Sek C abgeschafft und die Oberstufe so organisiert, dass z.T Klassen mit A-, B- und C-Schülern entstehen. Die schwachen Schüler werden so natürlich masslos überfordert. Aber anstatt zu angemessenen Strukturen zurückzukehren, wird wieder einmal eine Projektgruppe auf die Beine gestellt und mit viel zusätzlichem Aufwand und Bürokratie eine Alibiübung inszeniert. Wann kehrt wieder gesunder Menschenverstand und eine Pädagogik, die diesen Namen verdient, in unsere Schulen zurück?

Rudolf Richner, Zürich

Lehrplan 21 soll in Luzern vors Volk kommen

Neue Luzerner Zeitung Online 24.6.16

BILDUNG - Im Kanton Luzern sollen Volk und Parlament mehr Mitsprache bei Bildungsreformen erhalten - auch zum Lehrplan 21. Ein überparteiliches Komitee aus Politikern, Lehrern und Unternehmer hat dazu eine Volksinitiative eingereicht. Sie wollen das Reformtempo drosseln.

Das Initiativkomitee „Bildungsreformen vor das Volk“ übergab am Freitag dem Amt für Gemeinden laut eigenen Angaben 4172 Unterschriften. Nötig für das Zustandekommen des Volksbegehrens sind 4000 gültige Unterschriften. Die einjährige Sammelfrist läuft am Sonntag ab.

Mit dem geltenden Gesetz sei es weder dem Stimmvolk noch dem Kantonsrat als oberstes kantonales Aufsichtsorgan möglich in einschneidenden Bildungsfragen direkt Einfluss zu nehmen, schreiben die Initianten in einer Mitteilung. Die Kompetenzen in der Ausgestaltung der Bildung liege beim Regierungsrat und Bildungsdepartement. Dies wollen die Initianten ändern.

Die Volksinitiative verlangt mehrere Anpassungen im Luzerner Volksschulbildungsgesetz. Demnach müssen grundlegende Lehrplanänderungen, die alle Unterrichtsstufen betreffen, vor der Einführung dem Volk unterbreitet werden. Die Bestimmung soll rückwirkend ab 2014 gelten. Sie würde damit auch den Lehrplan 21 betreffen.

Laut dem Initiativtext müssen zudem interkantonale Vereinbarungen vom Kantonsrat genehmigt werden und dem fakultativen Referendum unterliegen. Dasselbe gilt für Fächer, Wochenstundentafeln und strukturelle Änderungen an den Schulen.

Seit 1995 seien im Kanton Luzern „in übertriebener politischer Hektik“ über 15 grössere Schuländerungen umgesetzt worden, schreibt das Initiativkomitee. Zahlreiche Änderungen beschliesse die Regierung per Verordnung. Diese wirkten als "von oben" verordnet. Die öffentliche Kontrolle im Bildungswesen weiche einer praxis- und demokratiefernen „Expertokratie“.

Hinter der Initiative stehen Kantonalpolitiker aus SVP, CVP, FDP und BDP. Daneben wirken Lehrpersonen der Volksschule und der Berufsbildung sowie Unternehmer mit. (sda)

LESERKOMMENTAR

Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK) hat im Jahr 2010 die „Grundlagen für den Lehrplan 21“ genehmigt und damit den radikalsten Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule beschlossen. Die umstrittene Kompetenzorientierung des LP21 beruht auf dem konstruktivistischen Lehr- und Lernverständnis und verlangt als alleinige „zeitgemässe“ Methode das „selbstgesteuerte Lernen“. Zitat D-EDK: «Mit der Kompetenzorientierung ergibt sich eine veränderte Sichtweise auf den Unterricht. Lernen wird verstärkt als aktiver, selbstgesteuerter, reflexiver, situativer und konstruktiver Prozess verstanden.» <https://www.lehrplan.ch/sites/default/files/Grundlagenbericht.pdf>

Das „selbstgesteuerte Lernen“ bedeutet in der Praxis, dass Lehrer und Klassenunterricht abgeschafft werden, weil jedes Kind ab dem 1. Schultag alleine bestimmen soll, wann, wie, was und ob es lernen will. Damit kann es keine Methodenfreiheit mehr geben und der qualifizierte Lehrerberuf wird überflüssig.

Peter Aebersold, Zürich

Solothurn entscheidet als achter Kanton über den Lehrplan 21

INITIATIVE EINGEREICHT

von Elisabeth Seifert — az Solothurnerzeitung vom 25.6.2016

Mit 3'200 Unterschriften hat das Komitee der Gegner seine Volksinitiative eingereicht. Die Abstimmung findet voraussichtlich im Mai/Juni 2017 statt.

Solothurn ist der achte Kanton, in dem eine Volksinitiative gegen den harmonisierten Deutschschweizer Lehrplan zustande gekommen ist. Das Komitee «Ja zu einer guten Volksschule – ohne Lehrplan 21» hat gestern 3'200 Unterschriften bei der Staatskanzlei eingereicht. Rund einen Monat vor Ablauf der eineinhalbjährigen Sammelfrist. «Zu Beginn war es schwierig, den Menschen auf der Strasse zu erklären, worum es überhaupt geht», erläuterte Komitee-Mitglied und EVP-Kantonsrat René Steiner (Olten) den etwas harzigen Start der Unterschriftensammlung. In den letzte Monaten aber habe der Widerstand gegen den Lehrplan 21 zugenommen.

Mittlerweile sind in grösseren Teilen der Nordwest- und Ostschweiz entsprechende Volksinitiativen zustande gekommen: so in den Kantonen Baselland, Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell Innerrhoden und St. Gallen. Noch nicht abgeschlossen ist die Unterschriftensammlung in Bern, Luzern und Graubünden.

Teilerfolg in Baselland

Stellung genommen haben die Stimmbürger bislang einzig im Kanton Baselland sowie in Appenzell. Im Nachbarkanton erzielten die Lehrplan-Gegner einen Teilerfolg, indem sich das Stimmvolk gegen die geplanten Sammelfächer auf der Sekundarstufe I ausgesprochen hat. In Appenzell fand das Anliegen keine Mehrheit.

Im Kanton Solothurn wird der Souverän gemäss Auskunft von Staatsschreiber Andreas Eng aller Voraussicht nach im Mai oder Juni 2017 über die Volksinitiative befinden. Zuvor wird noch der Kantonsrat dazu Stellung nehmen. Gemäss den Plänen des Bildungsdepartments soll der Lehrplan 21 ab August 2018 in den Solothurner Volksschulen umgesetzt werden.

«Dieser Lehrplan wird der Schule schaden», ist EVP-Politiker René Steiner überzeugt, der dabei seine ganze Partei hinter sich weiss. Neben der EVP kämpft die SVP sowie die GLP geschlossen gegen die Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Solothurn. Dem Komitee angeschlossen haben sich zudem einzelne prominente Vertreter der CVP sowie Bürgerinnen und Bürger ohne Parteibindung.

Inhalt vor Kompetenz

Kritisch beurteilen die Lehrplan-Gegner insbesondere den neu auf den Erwerb von «Kompetenzen» ausgerichteten Unterricht. Dadurch komme die Vermittlung von grundlegenden Inhalten zu kurz, meint Lehrerin und GLP-Kantonsrätin Nicole Hirt (Grenchen). Die von mehreren Kantonen (darunter auch Solothurn) soeben beschlossene Überarbeitung des Französisch-Lehrmittels «Milles Feuilles» mache deutlich, dass gerade jüngere Schüler auf die strukturierte Vermittlung von Wissen angewiesen sind. «Zuerst braucht es Inhalte und Wissen und dann können Kompetenzen erarbeitet werden.» Der kompetenzorientierte Unterricht setze indes stark auf das selbst entdeckende Lernen, was gerade für Schwächere eine Überforderung bedeute. Hirt: «Die Schüler werden alleine gelassen.»

Weiter kritisiert die GLP-Politikerin das Fehlen verbindlicher Jahresziele im Lehrplan 21.

Auch das werde dazu beitragen, dass die Niveau-Unterschiede innerhalb der Klassen immer noch grösser werden. Ähnlich wie im Kanton Baselland bekämpft das hiesige Komitee zudem Sammelfächer auf der Sekundarstufe I. Und schliesslich soll im Gesetz verankert werden, dass es auch künftig einen speziell auf den Kindergarten ausgerichteten Rahmenlehrplan gibt.

Kanton Aargau, Pressemitteilung

Pressemitteilung des Initiativkomitees «Ja zu einer guten Schule – Nein zum Lehrplan 21» im Nachgang zur Behandlung der Initiative im Grossen Rat am 28.6.2016

Es war zu erwarten, dass die Initiative im Grossen Rat wenig Chancen bekommt, nachdem die Regierung im Vorfeld unrichtige und aus der Luft gegriffene Behauptungen verbreitet hat. So stimmt nicht, dass mit dem LP21 eine landesweite Harmonisierung erreicht wird, wie vom Volk 2006 gewünscht. Die Vergleichbarkeit von Lernzielen ist kaum gewährleistet, wenn sie neu auf drei Jahren statt wie bisher auf einem Jahr verteilt werden. Ausserdem müsste echte Harmonisierung eine einheitliche Fremdsprachenregelung mit einschliessen, was sie nicht tut. Und schliesslich generiert der Widerstand in den Kantonen zunehmend individuelle Abweichungen vom LP21 – zuletzt geschehen in der Landschaft Basel mit der Forderung nach Verzicht auf Sammelfächer.

Diese, einer Harmonisierung abträgliche Entwicklung hätte vermieden werden können, wenn zuvor eine breite Debatte stattgefunden hätte. Sie wurde von der EDK unterdrückt. Dass keine der von uns angefragten Grossrats-Fraktionen auf unser Gesprächsangebot einging, zeugt ebenfalls von wenig Interesse für die schulische Zukunft in unserem Lande und entspricht der regierungsfreundlichen Haltung des ehemaligen Untertanenkantons. Noch fragwürdiger und demokratiefeindlicher ist die Haltung des Aargauischen Lehrerverbandes: er verbot jegliche kritische Äusserung zum LP21 im Schulblatt; obwohl soeben erneut bestätigt, dass Schulerfolg in erster Linie vom Einsatz der Lehrkräfte abhängt, streicht ihnen der LP21 die Methodenfreiheit und werden sie zu stummen Kopfnickern degradiert. **Diese “Reform” ist vielleicht die negativste Folge des Lehrplanes 21 und könnte nur mit Annahme der Initiative verhindert werden!**

Der mit unserer Initiative vorgeschlagene Fächerkanon sei starr und überholt, genüge den künftigen Ansprüchen der Gesellschaft nicht mehr und schmälere deshalb die Zukunftsaussichten für die Aargauer Jugend, wurde aus dem BKS moniert. Der LP21 streicht deshalb die Fächer Physik, Chemie, Biologie, Geschichte, Geographie und Hauswirtschaft – noch schlimmer: er ersetzt sie teilweise durch Kompetenzen, die zwischen äusserst banal und weitgehend unverständlich hin- und herpendeln, häufig nirgends eingeordnet werden können und damit den Zusammenhang zur weltweiten Struktur des Wissens verlieren. Wer sich etwas näher damit befasst, erkennt rasch, dass diese “Sammelfächer” viel mit modischer Gesellschaftspolitik und wenig mit dem humanistischen Bildungsbegriff zu tun haben, der noch immer gesetzlicher Auftrag an unser Bildungswesen ist. Und man staunt, warum Bildungsdirektor Hürzeler verlangt, “endlich den Zeitgeist in unseren Lehrplan einzubauen, um damit die Probleme der Zukunft lösen zu können”!

Weil die EDK den LP21 an allen demokratischen Hürden vorbeigeschmuggelt hat, gab es für die Opposition im Aargau und in vielen anderen Kantonen einzig die Möglichkeit, mit dem Volksrecht Initiative dagegen anzutreten. Kompetenzorientierter Unterricht macht in

der Berufsausbildung durchaus Sinn; in der Volksschule, welche das Gewicht vermehrt auf Bildung legt, ist sie fehl am Platz. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine der Hauptursachen für den hohen wirtschaftlichen, kulturellen und freiheitlichen Stand der Schweiz – unser Bildungswesen – einem fragwürdigen Experiment geopfert werden soll. War dieses denn so schlecht, dass wir uns von der OECD eine neue Mode aufschwätzen lassen müssen? Das einzige wirklich neue Fach der letzten 30 Jahre heisst Informatik. Es geniesst auch noch im Lehrplan 21 das Schattendasein eines sog. Moduls; der Fächerkanon unserer Initiative jedoch hat die Informatik als vollwertiges Fach integriert (das erste Postulat auf Einführung von Informatik in der aargauischen Volksschule stammt aus dem Jahre 1983!). Falls wieder einmal ein ähnlich echtes Bedürfnis entsteht, lässt sich jedes Schulgesetz wohl rascher anpassen.

Am unglaublichsten jedoch ist die Absicht der Regierung, den Lehrplan ohne Rücksicht auf den Ausgang der Volksabstimmung über die Initiative einzuführen!

Damit demonstriert sie offen ihre Missachtung des Volkswillens und setzt auf sture Machtpolitik. Der LP21 widerspricht in mehreren Punkten dem Initiativtext wie auch dem gültigen Bildungsauftrag im heutigen Schulgesetz. Das Komitee wird nicht zögern, den Regierungsrat vor Verwaltungsgericht zu zitieren, sollte dieser bedauerliche Fall eintreten.

Verbleibt die regierungsrätliche Drohung, wonach die Initiative bedeutende Mehrkosten für Kanton und Gemeinden verursache. **Es wäre das erste Mal, dass eine derart fundamentale Reform einer Staatsaufgabe wie der LP21 billiger zu stehen käme als eine schrittweise Adaption der heutigen Schule an neue Verhältnisse!** Der LP21 hat die betroffenen Kantone schon bisher 30 Millionen Franken gekostet. Die Erstellung neuer Lehrmittel, die Umschulung Tausender von Lehrpersonen, die Kosten interner und externer Evaluationen, Investitionen in neue Bauten zwecks Bereitstellung "neuer Lernumgebungen" und vieles mehr wurden bisher nirgends ausgewiesen – dies wird noch kommen, wenn es kein Zurück mehr gibt.

Kosten sind das eine, die Verantwortung für die Zukunft unserer Volksbildung und damit unseres Volkes schlechthin das andere. Deshalb erstaunt die Tatsache, wie ignorant noch immer viele aktive Verantwortungsträger einer Bildungsreform begegnen, welche harmlos daherkommt ("es ändert ja gar nicht viel, der Lehrplan ist bloss Planungsinstrument, das niemand liest!"), welche jedoch mit der humanistischen Tradition brutal bricht, die uns gross gemacht hat. **Wer meint, die digitale Revolution ersetze inskünftig den freien und selbstbestimmten Menschen – das Ziel unserer bisherigen Volksschule – irrt gewaltig.** Diese Sicht teilt mittlerweile schweizweit eine stets wachsende Zahl angesehener Fachleute, Unternehmer, Lehrer und Eltern – schlicht Jedermann. Sie alle sind überzeugt: Der Lehrplan 21 muss abgelehnt werden.

Die einzige sich momentan darbietende Möglichkeit ist die Annahme der Volksinitiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21».

Komitee „Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan21“

Aarau, 28.6.2016

Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt

Illegitime Führungstechniken des Change Managements

Ein interessanter Artikel aus dem *lvb inform* (Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Baselland), der deutliche Worte zum Vorgehen der Bildungsverwaltung findet. Der ganze Artikel kann mit dem untenstehenden Link gelesen werden.

https://www.lvb.ch/docs/magazin/2015_2016/04-Juni-2016/26_und-bist-du-nicht-willig-so-brauch-ich-Gewalt_LVB_1516-04.pdf

2.7.2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5